

zu Drs. Nr. 350/19

**Zur
Veröffentlichung
freigegebener Prüfbericht**

Nach § 6 Abs. 3 der Rechnungsprüfungsordnung können die Einzelprüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes *nach* ihrer Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss der Öffentlichkeit (unter Wahrung personen- oder unternehmensbezogener Daten) zugänglich gemacht werden.

Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss des Kreises Düren: 09.12.2019

Nachdruck oder Verwendung dieses Prüfberichts oder einzelner Teile hieraus
nur mit Genehmigung des Kreises Düren.

Allgemeine Verwaltungsprüfung
Prüfbericht

Prüfung von Grundstücksangelegenheiten

nicht öffentlich

Allgemeine Verwaltungsprüfung
Prüfbericht

Prüfung von Grundstücksangelegenheiten

Kreis Düren
Rechnungsprüfungsamt

Bismarckstraße 16
52351 Düren

Haus A, Zimmer 192

Tel. 02421 – 22 2260
Fax. 02421 – 22 182258

www.kreis-dueren.de
E-Mail: amt14@kreis-dueren.de

Prüfauftrag

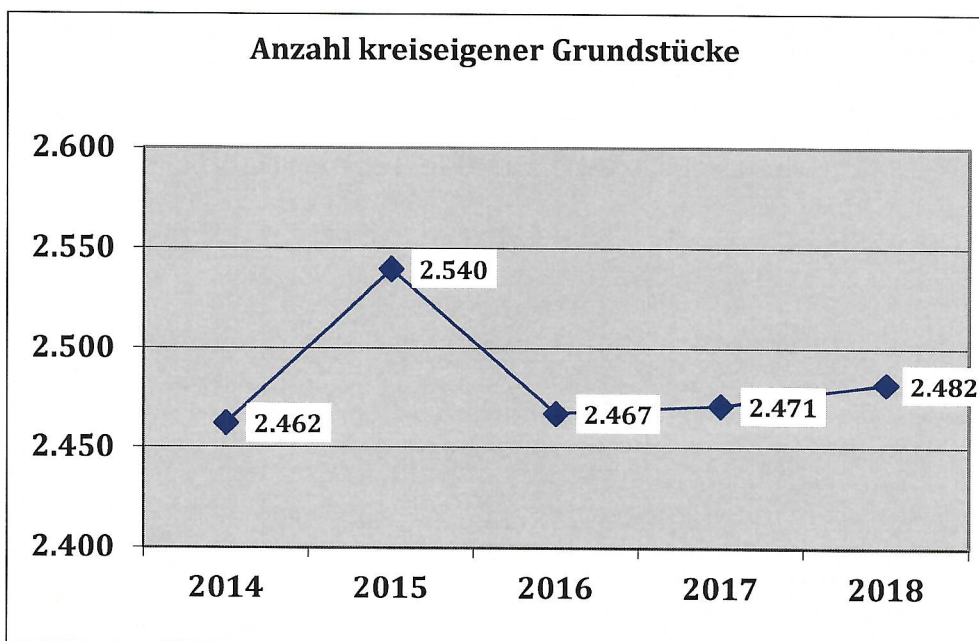
Nach § 102 Abs. 1 GO hat die örtliche Rechnungsprüfung den Jahresabschluss des Kreises zu prüfen. Darunter fällt neben NKF-bezogenen Aspekten auch die Beurteilung über die Einhaltung des Haushaltsplans und des geltenden Haushaltsrechts. Die allgemeine Verwaltungsprüfung umfasst in diesem Rahmen einzelne Fachbereiche der Verwaltung, die mit der Umsetzung haushaltswirtschaftlicher oder politischer Vorgaben im Rahmen des Haushaltsvollzugs betraut sind. Gleichzeitig hat der Kreistag das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, die Verwaltung auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen (§ 4 Abs. 3 RPO). Die Prüfung wurde von Konrad Schöller durchgeführt.

Prüfgegenstand

Prüfungsinhalt waren Finanzvorgänge aus dem Produkt 01.111.16 (Grundstücke). Die Aufgabe wird von Amt 18 wahrgenommen. Die Prüfung bezog sich auf Finanzvorgänge in den Jahren 2016 bis 2018; wie sie insbesondere aus den Rechnungslegungswerken des Kreises sowie der Haushaltssoftware "Infoma" ersichtlich waren.

Grundstücksbestand

Gemäß Angaben der Verwaltung in Haushaltsplänen und Jahresabschlüssen entwickelte sich der Bestand kreiseigener Grundstücke in den letzten Jahren wie folgt:



Gemäß Erläuterungen der Verwaltung¹ werden im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen Grund(stücks)erwerbe getätigt, die zur Durchführung der Baumaßnahme (Straße oder Geh- bzw. Radweg) benötigt werden. Nach Beendigung der Baumaßnahme für die Straße oder den Geh- bzw. Radwegs wird eine Schlussvermessung beauftragt. Grundstücke, die nach dieser Schlussvermessung einem Gehweg zuzuordnen sind, und als Gehweg genutzt werden, sind in das Eigentum der jeweiligen Belegenheitskommune nach §§ 10, 13 Straßen- und Wegegesetz NW zu übertragen.

Resultate der Ergebnisrechnung

Die jahresbezogene Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen im Produkt 01.111.16 zeigt gemäß "Kontenaukunft Ergebnisrechnung" folgende Resultate:

Teilergebnisrechnung Produkt „01.111.16“	2016	2017	2018
o Erträge	47.676,56 €	20.844,14 €	24.838,08 €
o Ordentliche Erträge	46.578,80 €	19.678,03 €	23.648,75 €
o Zuwendung u. allg. Umlagen	23.062,92 €	-	-
o Privatrechtliche Leistungsentgelte	14.289,01 €	16.545,68 €	16.726,71 €
o Sonstige ordentliche Erträge	9.226,87 €	3.132,35 €	6.922,04 €
o Int. Leistungsbeziehungen	1.097,76 €	1.166,11 €	1.189,33 €
o Aufwendungen	107.209,89 €	27.826,03 €	4.958,46 €
o Ordentliche Aufwendungen	102.346,01 €	27.814,10 €	4.813,59 €
o Personalaufwand	75.585,16 €	23.101,16 €	508,92 €
o Versorgungsaufwendungen	1.673,24 €	335,02 €	-
o Bilanzielle Abschreibungen	23.141,03 €	78,08 €	78,11 €
o Sonst. ordentl. Aufwendungen	1.946,58 €	4.299,84 €	4.226,56 €
o Int. Leistungsbeziehungen	4.863,88 €	11,93 €	144,87 €
o Jahressaldo	- 59.533,33 €	- 6.981,89 €	- 19.879,62 €

Der ordentliche Ertrag setzt sich aus **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten), **Privatrechtliche Leistungsentgelte** (Mieten und Pachten, Erträge aus Verkauf) sowie **sonstigen ordentlichen Erträgen** (Erträge Veräußerung Grundstücke/Gebäude, weitere sonstige ordentliche Erträge, Erträge aus Zuschreibungen, Niederschlagungen/Erlass, Auflösung von Beihilferückstellungen, von Pensionsrückstellungen, von Urlaubsrückstellungen, von Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger, von Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger, andere sonstige ordentliche Erträge) zusammen.

Der ordentliche Aufwand umfasst **personelle Aufwendungen** (Dienstbezüge der Beamten, Entgelte für tariflich Beschäftigte, Beiträ-

¹ vgl. Satzungsatz "Zentrales Gebäudemanagement" vom 19.06.2019

ge zur Versorgungskasse tariflich Beschäftigter, Beiträge zur Versorgungskasse und zur gesetzlichen Sozialversicherung tariflich Beschäftigter, Beihilfen / Unterstützungsleistungen für Beschäftigte, Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte, zu Beihilferückstellungen für Beschäftigte), **Versorgungsaufwendungen** (Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger, zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger), **bilanzielle Abschreibungen** (Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielles Vermögen) sowie **sonstige ordentliche Aufwendungen** (spezielle Fortbildungen, Mieten und Pachten, Dienstreisen, Steuern / Versicherungen / Schadensfälle, Wertänderung beim Umlaufvermögen).

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Innerhalb der letzten drei Jahre wurden verbucht:

Zuwendungen und allg. Umlagen		
HHJahr	HHAnsatz	Ergebnis
2016	0 €	23.062,92 €
2017	0 €	0 €
2018	0 €	0 €

Zuwendungen und allg. Umlagen differenziert			
Ertragsart	2016	2017	2018
• Ertr. a. d. Aufl. v. Sonderpost.	23.062,92 €	-	-
Summe	23.062,92 €	-	-

Die Verwaltung erläuterte hierzu, dass sich im Rahmen der Schlussvermessung Veränderungen in der Grundstücksgröße und damit einhergehend eine Veränderung des Grundstückswerts ergeben könne. Nach der Schlussvermessung werde der tatsächliche Wert im Rahmen einer außerplanmäßigen Abschreibung in der Anlagenbuchhaltung angepasst und ggf. vorhandene Sonderposten in analoger Weise ertragswirksam aufgelöst.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Das Ertragsvolumen zeigt in den letzten drei Jahren folgende Entwicklung:

Privatrechtliche Leistungsentgelte			
HHJahr	HHAnsatz	Ergebnis	Abweichung
2016	17.600 €	14.289,01 €	- 3.310,99 €

Privatrechtliche Leistungsentgelte			
HHJahr	HHAnsatz	Ergebnis	Abweichung
2017	15.140 €	16.545,68 €	+ 1.405,68 €
2018	15.140 €	16.726,71 €	+ 1.586,71 €

Privatrechtliche Leistungsentgelte differenziert			
Ertragsart	2016	2017	2018
• Mieten und Pachten	14.289,01 €	16.545,68 €	16.706,71 €
• Erträge aus Verkauf	-	-	20,00 €
Summe	14.289,01 €	16.545,68 €	16.726,71 €

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte beinhalten Pachtzahlungen div. Pächter für im Eigentum des Kreises Düren stehende Ländereien, Fischerei-, Jagdflächen u.ä.

Gemäß verwaltungsseitiger Angaben² zahlen nicht alle Jagdgenossenschaften die Jagdpacht im jährlichen Rhythmus, sondern entrichten sie wegen Geringfügigkeit erst in zwei- oder dreijährigen Abständen.

Prüfbemerkung 1

Nach Angaben der Verwaltung verzichtet der Kreis seit dem Jahre 2008 auf die Erhebung von Jagdpacht für Straßenflächen des Kreises. Das Ausmaß des damit einhergehenden Ertragsausfalls ist der Rechnungsprüfung nicht bekannt. In verschiedenen zahlungsbegründenden Unterlagen³ weist die Verwaltung zwar auf den Ertragsverzicht hin, Gründe für die Entscheidung werden aber nicht genannt. Es wird gebeten, diese darzulegen.

Sonstige ordentliche Erträge

Während der letzten drei Jahre betrugen die Erträge:

Sonstige ordentliche Erträge			
HHJahr	HHAnsatz	Ergebnis	Abweichung
2016	3.010 €	9.226,87 €	+ 6.216,87 €
2017	2.900 €	3.132,35 €	+ 232,35 €
2018	2.990 €	6.922,04 €	+ 3.932,04 €

Gegenüber der Haushaltsplanung hat sich das Ergebnis im RJ 2016 verdreifacht und im RJ 2018 verdoppelt. Nach verwaltungsseitigen

² s. die Erläuterungen z.B. in Aktenvermerken vom 08.03. und 24.09.2018 (Az. 18/1 23 31 04)

³ s. die Erläuterungen z.B. in Aktenvermerken vom 08.03. und 24.09.2018 (Az. 18/1 23 31 04)

Abgaben war die Entwicklung nicht vorhersehbar. Sie fußt auf den in nachstehender Übersicht dargestellten Einzelsachverhalten:

Sonstige ordentliche Erträge differenziert			
Ertragsart	2016	2017	2018
• Veräußerung Grundst./Gebäude	175,00 €	-	-
• Weitere sonstige ordentl. Erträge	40,80 €	-	723,96 € ⁴
• Erträge aus Zuschreibungen	3.818,90 € ⁵	-	
• Ertr. a. Zuschreib. Niederschl./Erl.	-	100,00 €	
• Erträge aus d. Auflös. v. Rückstell.	-	-	6.129,04 €
• Auflösung v. Beihilferückstell.	32,86 €	7,47 €	
• Auflösung v. Pensionsrückstell.	117,22 €	25,90 €	
• Auflösung v. Urlaubsrückstell.	2.721,87 €	2.929,28 €	69,04 €
• Aufl. Beihilferückst. Vers.-Empf.	60,52 €	23,98 €	
• Aufl. Pensionsrückst. Vers.-Empf.	103,70 €	46,12 €	
• Andere sonst. ordentliche Erträge	2.156,00 € ⁶	-	
Summe	9.226,87 €	3.132,35 €	6.922,04 €

Personalaufwand

Das Aufwandsvolumen zeigt in den letzten drei Jahren eine stark rückläufige Entwicklung:

Personalaufwendungen			
HHJahr	HHAnsatz	Ergebnis	Abweichung
2016	79.780 €	75.585,16 €	- 4.194,84 €
2017	79.000 €	23.101,16 €	- 55.898,84 €
2018	81.010 €	508,92 €	- 80.501,08 €

Personalaufwendungen differenziert			
Aufwandsart	2016	2017	2018
• Dienstbezüge Beamte	3.129,09 €	793,65 €	- 8,76 €
• Entgelt f. tarifliche Beschäftigte	54.976,82 €	16.944,55 €	
• Versorgungsk. tarifl. Beschäftigte	4.507,36 €	1.307,42 €	
• Sozialversich. tarifl. Beschäftigte	10.544,87 €	3.380,63 €	
• Unterstützungsl. f. Beschäftigte	516,33 €	276,27 €	517,04 €
• Pensionsrückstell. f. Beschäftigte	1.621,04 €	314,56 €	
• Beihilferückstell. f. Beschäftigte	289,65 €	84,08 €	
Summe	75.585,16 €	23.101,16 €	508,28 €

⁴ Die Buchungen betreffen insgesamt neun Einzelsachverhalte. Auf eine dezidierte Wiedergabe wird wegen des geringen Finanzvolumens verzichtet.

⁵ Überzahlte Kaufpreise im Zusammenhang mit dem Grunderwerb für die Anlage eines Radweges entlang der Kreisstraße 22 von Krauthausen nach Hambach lt. Bescheid vom 19.05.2016 an (Az. 20/1 23 20 01 22)

⁶ Flächenausgleich basierend auf Kaufvertrag vom 25.11.2011 gemäß Schriftsatz des vom 18.11.2016 (Az. 20/1 23 20 01 43)

Versorgungsaufwendungen

Versorgungsaufwendungen			
HHJahr	HHAnsatz	Ergebnis	Abweichung
2016	2.770 €	1.673,24 €	- 1.096,76 €
2017	1.560 €	335,02 €	- 1.224,98 €
2018	1.560 €	0 €	- 1.560,00 €

Versorgungsaufwendungen differenziert			
Aufwandsart	2016	2017	2018
• Pensionsrückst. Versorgungsempf.	1.340,74 €	269,07 €	-
• Beihilferückst. Versorgungsempf.	332,50 €	65,95 €	-
Summe	1.673,24 €	335,02 €	-

Im Schriftsatz an das Zentrale Gebäudemanagement vom 16.04.2019 erläutert das Hauptamt die maßgeblichen Gründe:

"Seit der Aufgabenverlagerung von Amt 20 nach Amt 18 werden auf dem Kostenträger "Grundstücke" keine Mitarbeiter/innen mehr verbucht. Der Kreis Düren hat vor einigen Jahren die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) gegründet, deren Gesellschaftszweck die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen ist. Insbesondere hinsichtlich der Gebäude der Kreisverwaltung arbeiten das Amt 18 und die GIS sehr eng zusammen.

Die Aufgaben, die bisher auf der Sachbearbeiterstelle in Amt 20 ausgeübt wurden, werden inzwischen durch die GIS wahrgenommen. Entsprechende Teilabordnungen von Mitarbeiter/innen der GIS zum Kreis Düren liegen vor."

Zu den verbuchten Personalkostenanteilen im Produkt "Grundstücke" ließ die Verwaltung der Rechnungsprüfung folgende detaillierte Übersicht zukommen:

Berücksichtigte Stellenanteile im Produkt "Grundstücke"		
Stand 01.02.2016	Stand 01.02.2017	Stand 01.02.2018
• 1% A 15	1% A 15 (bis 31.12.2017)	-
• 5% A 13 (bis 30.09.2016)	-	-
• 100% TVOED 09	100% TVOED 09c (bis 30.04.2017)	-

Prüfbemerkung 2

Nach Angaben der Verwaltung⁷ steht die Abrechnung der Personalkosten zwischen dem Kreis Düren und der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH bislang aus. Nach erfolgter Abrechnung wird gebeten, die Rechnungsprüfung hierüber zu informieren.

⁷ vgl. Schriftsatz "Zentrales Gebäudemanagement" vom 19.06.2019

Bilanzielle Abschreibungen

Verbucht wurden:

Bilanzielle Abschreibungen			
HHJahr	HHAnsatz	Ergebnis	Abweichung
2016	78 €	23.141,03 €	+ 23.063,03 €
2017	80 €	78,08 €	- 1,92 €
2018	80 €	0,00 €	- 80,00 €

Bilanzielle Abschreibungen differenziert			
Aufwandsart	2016	2017	2018
• Abschr. Sachanl., immat. Verm.	23.141,03 €	78,08 €	-
Summe	23.141,03 €	78,08 €	-

Wegen des korrespondierenden Sachverhalts im RJ 2016 ("Gemarkung Linnich") wird auf auf Seite 6 dieses Prüfberichts verwiesen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Ist-Ergebnisse blieben deutlich hinter den Planansätzen zurück:

Sonstige ordentliche Aufwendungen			
HHJahr	HHAnsatz	Ergebnis	Abweichung
2016	33.900,00 €	1.946,58 €	- 31.953,42 €
2017	14.680,00 €	4.299,84 €	- 10.380,16 €
2018	9.480,00 €	4.226,56 €	- 5.253,44 €

Verbucht wurden im Einzelnen:

Sonstige ordentliche Aufwendungen differenziert			
Aufwandsart	2016	2017	2018
• Spezielle Fortbildung	-	3,13 €	-
• Mieten und Pachten	431,02 €	2.586,11 €	2.586,11 €
• Dienstreisen	1,41 €	2,17 €	-
• Steuern, Versicher., Schadensfälle	1.514,15 €	1.608,43 €	1.640,45 €
• Wertveränderung b. Umlaufverm.	-	100,00 €	-
Summe	1.946,58 €	4.299,84 €	4.226,56 €

Erläuterungen der Verwaltung:

- Haushaltspläne 2016 und 2017/18

"Hier sind insbesondere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verkehrssicherungspflicht kreiseigener Grundstücke veranschlagt. Der höhere Betrag im Jahre 2016 resultiert daraus, dass in den Jahren 2015 und 2016 eine aufwändige grundlegende Inaugenscheinnahme aller Grundstücke durch fachkundige Externe erforderlich war."

- Haushaltsplan 2019/20

"Hier sind insbesondere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verkehrssicherungspflicht kreiseigener Grundstücke (20.000 € p.a. ab 2018) veranschlagt."

- Jahresabschluss 2016

"Im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht für kreiseigene Grundstücke waren im Jahr 2016 niedrigere Aufwendungen/Auszahlungen zu leisten als ursprünglich geplant."

Eine Nachfrage der Rechnungsprüfung nach den Gründen für die erheblichen Abweichungen zwischen Plan- und Istwerten beantwortete die Verwaltung zunächst⁸ wie folgt:

"Der HH-Ansatz der Jahre 2016 (33.900 €), 2017 (14.680 €) und 2018 (9.480 €) wurde maßgeblich dadurch geprägt, dass in diesen Jahren Ansätze für Ausgaben der vom Kreis Düren zu gewährleistenden Verkehrssicherungspflicht gebildet wurden. Diese beliefen sich im Jahr 2016 auf 30.000 €, im Jahr 2017 auf 10.000 € und im Jahr 2018 auf 5.000 €. Die genannten HH-Ansätze wurden allerdings nicht in den genannten Haushaltsjahren abgerufen."

Die Rechnungsprüfung bat um weitergehende Erläuterungen der verkehrssicherungspflichtigen Sachlage. Die Verwaltung machte daraufhin folgende ergänzenden Angaben⁹:

"Der Kreis Düren (Federführung Kämmerei) hat in 2015 mit

- dem

(21.05.2015) und

- dem

(16.06.2015)

sogenannte Baumkontrollverträge im Rahmen der ihm obliegenden Verkehrssicherungspflicht geschlossen. Im Ergebnis wurden die kontrollierten Bäume in drei Dringlichkeitsstufen/Gefahrenstufen eingruppiert. Der hieraus resultierende Handlungsbedarf wurde im Anschluss durch entsprechende Maßnahme (Fachfirmen und Tiefbauamt (Bauhof)) abgearbeitet und bezahlt (ab 2014 Einstellung "Rückstellungen Verkehrssicherung"). Im Kalenderjahr 2016 ff. war der o.g. Handlungsbedarf durch die beauftragten Unternehmer bzw. dem Tiefbauamt abgearbeitet. Aufwendungen in diesen Zusammenhang entstanden ab 2016 nicht (mehr). Zuvor aus dem Vorsichtsprinzip gebildete und eingestellte HH-Ansätze (s.o.) wurden in den genannten Haushaltsjahren 2016 bis 2018 nicht (mehr) abgerufen.

Zur Vervollständigung des Sachverhaltes erlaube ich mir den Hinweis auf die Vorlage DrsNr. 408/18. Die Erstellung eines Baumkatasters und die sich hieraus resultierenden Handlungsfelder werden zukünftig im Rahmen laufender Prozesse fortwährende Mittelbereitstellungen erforderlich machen. Eine Bildung und die Auflösung von Rückstellungen ist daher m.E. künftig nicht erforderlich."

Vorstehende Hinweise erscheinen der Rechnungsprüfung nachvollziehbar.

⁸ vgl. Schriftsatz "Zentrales Gebäudemanagement" vom 19.06.2019

⁹ vgl. E-Mail "Zentrales Gebäudemanagement" vom 29.07.2019

Stellungnahme der Verwaltung

- *Prüfbemerkung 1 (Seite 6)*

Auf die Erhebung der Jagdpacht für Kreisstraßen wurde verzichtet, da eine Jagd auf Kreisstraßen eine erhebliche Gefahr mit sich bringt. Der Kreis Düren verfährt somit wie eine Vielzahl seiner Nachbarkreise.

- *Prüfbemerkung 2 (Seite 8)*

Die Abrechnung der Personalkosten erfolgt Ende des Jahres 2019 und wird dem Rechnungsprüfungsamt unaufgefordert nachgereicht.

Abschließende Bewertung durch die Rechnungsprüfung

Die Rechnungsprüfung betrachtet die Prüfbemerkung 1 als erledigt, weist allerdings darauf hin, dass der Kreis bis 2007 eine Jagdpacht für Kreisstraßen gleichwohl erhoben hat. Hinsichtlich Prüfbemerkung 2 bleibt zunächst die verwaltungsseitige Vorlage der Personalkostenabrechnung abzuwarten.